

NACHRICHTEN

220 Bootsflüchtlinge ums Leben gekommen

SYDNEY: Auf ihrer Seereise nach Australien sind vermutlich bis zu 220 illegale Einwanderer in ihrem baufälligen Fischerboot gekentert und ertrunken. Das gab am Dienstag der australische Einwanderungsminister Philip Ruddock bekannt. An Bord befanden sich nach Angaben von Ruddock Menschen aus dem Nahen Osten, die von Java aus in See stachen und die australisch verwaltete Weihnachts-Insel im Indischen Ozean als Ziel hatten. Zuletzt waren Ende vergangenen Jahres 14 Srilanker in der Nähe der Insel ertrunken, die Schlepper für eine illegale Überfahrt bezahlt und sich in einem wohlhabenden Land ein besseres Leben erhofft hatten.

Irving verliert Prozess



LONDON: Der britische Geschichtsautor David Irving (62) hat einen von ihm selbst angestregten Verleumdungsprozess um die Leugnung des Holocaust verloren. Das oberste britische Zivilgericht, der High Court in London, urteilte am Dienstag, dass man Irving ungestraft als «Hitler-Bewunderer» bezeichnen kann. Er hatte die US-Historikerin Deborah Lipstadt und den britischen Penguin Verlag wegen Rufschädigung verklagt. Lipstadt hatte Irving in einem 1994 erschienenen Buch als einen «Hitler-Bewunderer» charakterisiert, der «Scheuklappen trägt, Dokumente verfälscht und Fakten unrichtig wiedergibt». Richter Charles Gray sagte in der Urteilsbegründung, Irving habe in gravierender Weise die Beweislage falsch dargestellt und historische Fakten manipuliert. Irving bezeichnet sich selbst als Historiker und hat den Holocaust in mehreren seiner Bücher als reine Erfindung bezeichnet. Die Anwälte Lipstadts, die Geschichtswissenschaften an der Universität Emory in Atlanta lehrt, und die Rechtsvertreter des Penguin-Verlages versuchten in dem Verfahren darzustellen, dass Irving mit der Verdrehung von Tatsachen, mit Fälschungen und inkorrekten Zitaten versucht, den Holocaust zu leugnen und seine rechtsextremistischen Ansichten zu untermauern. Irving hatte erklärt, es gehe in dem Verfahren nicht um Geschichte, sondern darum, ob über Geschichte debattiert werden dürfe.

Drei Kinder von Minenexplosion getötet



SARAJEVO: Eine explodierende Mine hat in der bosnischen Hauptstadt Sarajevo drei spielende Kinder getötet. Bosnische Zeitungen berichteten am Dienstag in Sarajevo, die beiden Knaben und ein Mädchen hätten am Montagabend versucht, am Stadtrand in militärische Unterstände aus der Zeit des Krieges zu gelangen, die noch nicht von Minen geräumt sind. Ein Rettungsteam habe fünf Stunden gebraucht, um zu den tödlich verletzten Kindern zu gelangen.

Schweiz verlangt Ermittlungen

GENÈVE: Die Schweiz hat Moskau aufgefordert, eine unabhängige Untersuchung der Vorwürfe des Massenmordes und der Folterungen in Tschetschenien durchzuführen. Brüssel pochte am Dienstag vor der UNO-Menschenrechtskommission nicht auf eine Verurteilung Russlands. Eine unabhängige nationale Untersuchung müsse gemäss den internationalen Normen durchgeführt werden, sagte der Schweizer Botschafter, François Nordmann, vor dem Gremium.

CDU: Die Mehrheit erreichen

Deutsche Christdemokraten setzen auf neues Vertrauen

ESSEN: Nach der tiefsten Krise ihrer Geschichte wollen die deutschen Christdemokraten (CDU) wieder die Mehrheit der Bürger für sich gewinnen. Die neue CDU-Chefin Angela Merkel unterstrich zum Abschluss des Parteitag am Dienstag in Essen: «Wir wollen kämpfen. Wir sind wieder da.»

Merkel, die am Vorabend mit 96 Prozent der Stimmen zur neuen CDU-Vorsitzenden gewählt worden war, sprach von einem «Parteitag des Aufbruchs» nach dem Finanzskandal. Die Partei müsse diesen Aufbruch für die anstehenden Wahlen nutzen, etwa in rund vier Wochen in Nordrhein-Westfalen.

In einer «Essener Erklärung» steckte sich die CDU inhaltliche Ziele. Weiter kündigt die CDU darin an, bis 2002, dem Jahr der nächsten Bundestagswahl, wieder die Mehrheit im Land zu gewinnen.

Neue Antworten

Bei nur einer Enthaltung nahm der Parteitag die Erklärung an. Sie wurde unter Merckels Federführung erarbeitet und beschreibt die Problemfelder der thematischen Arbeit der CDU wie etwa Rentenreform und Steuerpolitik. Deutschland brauche neue Antworten für seine Rolle in Europa und in der Welt, heisst es weiter.

Bejaht wird die Erweiterung der Europäischen Union durch mitteleuropäische Staaten ab 2003, sofern diese die Voraussetzungen dafür erfüllen. Ehrlich müsse aber auch über die Ziele und Grenzen einer EU-Mitgliedschaft gesprochen werden. Ein angestrebter Beitritt der Türkei sei falsch, «denn er überfordert den Einigungsprozess».



Nach der Krise möchten die Christdemokraten wieder die Nummer-Eins-Partei in Deutschland werden.

Wie Merkel am Vortag attackierten am Dienstag andere führende Unions-Politiker in Essen die rot-grüne Regierung. «Jetzt wird zur Sache geredet, Herr Schröder», erklärte der neue Oppositionsführer im Parlament, Friedrich Merz.

Der Vorsitzende der bayerischen CDU-Schwesterpartei Christlich Soziale Union (CSU), Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber, bescheinigte der Regierung ebenfalls Versagen in den wichtigen Fragen. Merz und Stoiber kritisierten vor allem eine unzureichende Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Stoiber sagte als Gastredner der neuen CDU-Führung eine stabile und verlässliche Partnerschaft zu.

Angesichts der Ereignisse der vergangenen Monate demonstrierte der Parteitag grosse Geschlossenheit. Der erstmals seit Jahrzehnten abwesende frühere Parteichef und Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl gratulierte Merkel und bot ihr seine Unterstützung an. Kohl hatte Ende vergangenen Jahres die illegale Annahme von Spenden eingeräumt. Trotz des Drängens der CDU-Führung lehnt er es nach wie ab, die Herkunft der Gelder offen zu legen. Geprägt vom Willen einer Rückkehr zur Sachpolitik, eröffnete der Parteitag zum Schluss noch eine mittelfristige Debatte über Reformen in der Bildungspolitik.

Unklare Richtung

Grünen-Sprecherin Gunda Röstel kritisierte, die Richtungsbestimmung der CDU sei auch nach Merckels Wahl völlig unklar. Auch FDP-Generalsekretär Guido Westerwelle verwies darauf, dass der inhaltliche Neuanfang noch fehle.

Bei der Vorstandswahl besuchten die Delegierten dem thüringischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel mit 92,19 Prozent das beste Ergebnis. Der ehemalige Generalsekretär der Partei, Peter Hintze, wurde abgewählt. Die Delegierten hatten am Vorabend schon das Präsidium, also die engere Parteiführung um Merkel, bestimmt.

Gedämpfte Hoffnungen

Barak in USA - Nur geringe Fortschritte erwartet

WASHINGTON/JERUSALEM: Mit gedämpften Hoffnungen auf Fortschritte wurde am Dienstag (Ortszeit) ein Treffen zwischen US-Präsident Bill Clinton und dem israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak über eine Beschleunigung der Nahost-Friedensverhandlungen erwartet.

Dabei wollten die USA Barak zu grösserer Flexibilität gegenüber den Palästinensern drängen. Der Sprecher des Weissen Hauses, Joe Lockhart, machte zuvor deutlich, dass kein Durchbruch zu erwarten sei. Clintons Sprecher Mike Hammer äusserte sich am Dienstag optimistisch: «Es ist ein guter Moment, um den Friedensprozess voranzubringen.»

Protestaktion

Überschattet wurde Baraks US-Besuch, bei dem auch ein Treffen mit Aussenministerin Madeleine Albright auf dem Programm stand, von einer Protestaktion jüdischer Siedler im Westjordanland. Sie begannen dort mit dem «wildem» Bau einer Siedlung und kündigten die Verwirklichung weiterer von Barak nicht genehmigter Bauprojekte an.

Die Siedler werfen Barak vor, er habe den Bau jüdischer Siedlungen eingefroren. Wie weiter bekannt wurde, hat die israelische Regierung aber den Bau von 200 neuen Wohneinheiten für israelische Siedler auf den Golan-Höhen genehmigt. Nach Radioberichten haben die Bauarbeiten in der Siedlerstadt Katzin bereits begonnen.

Mehrere israelische Regierungsvertreter erklärten am Dienstag die Friedensbemühungen mit Syrien



Ein Siedler betet in der Nähe des Ortes, wo ein Haus entstehen soll.

für gescheitert. Ex-Ministerpräsident Schimon Peres zeigte sich überzeugt, dass Gespräche mit Damaskus «frühestens nach der Wahl in den USA oder aber auch erst nach einem Machtwechsel in Syrien» wieder aufgenommen würden.

Neue Anstösse

Bei den Treffen Baraks mit Clinton und Albright sollte es auch um die festgefahrenen Gespräche mit Syrien gehen, hauptsächlich aber um neue Anstösse für die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen zwischen Israel und den Palästinensern. Dieses Abkommen soll die Vorstufe einer bis zum 13. September angestrebten dauerhaften

Friedensregelung sein. Derzeit finden dazu in den USA auch Gespräche auf Expertenebene statt. Für den 20. April hat Clinton Palästinenser-Präsident Jassir Arafat nach Washington eingeladen.

Nach einem Bericht der israelischen Zeitung «Maariv» vom Dienstag wollte Barak bei der für den Abend (Ortszeit) angesetzten Begegnung mit Clinton einen israelischen Grundsatzplan für das Rahmenabkommen vorlegen.

Danach will Israel die Einrichtung eines palästinensischen Staates auf 60 Prozent des Westjordanlands vorschlagen. Die Palästinenser fordern für den eigenen Staat 90 Prozent des Gebietes.

Russland signalisiert Dialogbereitschaft

MOSKAU: Russland rückt offenbar von seiner harten Haltung ab, den tschetschenischen Präsidenten Aslan Maschadow nicht als Gesprächspartner für eine friedliche Beilegung des Kaukasus-Konflikts zu akzeptieren. Sergej Jastrschemski, der für Tschetschenien zuständige Sprecher von Präsident Wladimir Putin, sagte am Dienstag, die Regierung habe Maschadow immer als einen Anführer betrachtet, der als Gesprächspartner in Frage komme. «Es ist ganz offensichtlich, dass wir Kontakte aufrecht erhalten müssen», fügte er auf einer Reise in Usbekistan hinzu. Die Äusserungen des Sprechers lassen auf eine Kehrtwende der russischen Führung schliessen, da Maschadow mehrfach vergeblich Gespräche angeboten hatte. Jastrschemski sagte der Nachrichtenagentur Itar-Tass, die Regierung habe Maschadow bereits mehrfach ihre Sicht der Dinge mitgeteilt und dabei versucht, einen «politischen Prozess» in Gang zu bringen. Die russische Führung unter Präsident Putin und seinem Vorgänger Boris Jelzin hatte bislang offiziell stets Gesprächsangebote Maschadows mit dem Hinweis abgelehnt, dass sie nicht mit «Banditen» verhandeln. Mit diesem Begriff werden im offiziellen Sprachgebrauch der russischen Führung die Separatisten in Tschetschenien bezeichnet. Sie werden von der Regierung als Urheber mehrerer Bombenanschläge im russischen Kernland verdächtigt.